

Leserbrief zu: DWZ vom 23.9.15 „Obdachloser kettet sich vor Linsingen-Kaserne an“ und vom 24.9.15 „Obdachloser will kein ‚Nazi‘ sein“

Ein Obdachloser der Stadt Hameln kettet sich an der für Flüchtlinge zur Notunterkunft umfunktionierten Linsingen-Kaserne an und stößt nach Aussagen der Sicherheitskräfte aus Frust und Neid Beleidigungen und ausländerfeindliche Sprüche aus.

Auf den ersten Blick eine Tat, wenn sie denn genauso stattgefunden hat, die zu verurteilen und nicht zu akzeptieren ist und die Menschen trifft, die vor Krieg und Zerstörung geflohen sind und in Hameln Zuflucht suchen.

Schaut man aber etwas genauer hin, wird deutlich, dass die Aktion des Obdachlosen aus Verzweiflung und der Angst heraus geschehen ist, nicht mehr so be'dacht' zu sein wie andere Hilfesuchende.

Selbst stark hilfebedürftig, da kein regelmäßiges Einkommen zur Verfügung steht und auch ein Zuhause fehlt, nicht zu wissen, wie der Hunger gestillt und wo die nächste Nacht verbracht werden kann, lassen Frust entstehen und vielleicht auch Neid im Angesicht der umfangreichen Spendenlieferungen und der schnell geschaffenen Flüchtlingsunterkunft, sei sie auch vorläufig noch notdürftig.

Flüchtlinge erhalten zurzeit viel Aufmerksamkeit, nicht nur materielle. In der Politik, in den Gesprächen auf der Straße und in der Presse sind Flucht und die Folgen für Deutschland das beherrschende Thema. Fragen nach menschenwürdiger Unterbringung, notwendigen Maßnahmen der Integration und natürlich auch der Finanzierung beschäftigen unsere Politiker und kommunalen Verwaltungen.

Bei so viel Aufmerksamkeit auf der einen Seite schleicht sich auf der anderen Seite des Kasernenzauns bei Menschen, die selbst am Rande der Gesellschaft leben, zusehends die Furcht ein, keine Aufmerksamkeit und auch keine materielle Versorgung mehr abzubekommen.

Die Angst vergessen zu werden sitzt tief, insbesondere wenn Menschen in Wohnungsnot jahrelang hilfebedürftig auf der Straße Erfahrungen gesammelt haben, die von Einsamkeit und dem Wegsehen geprägt sind.

Die derzeitige massive Flüchtlingsbewegung wird Veränderungen bringen, in der Europäischen Union, in Deutschland und sicherlich auch in Hameln.

Festzustellen ist bereits, dass die Versorgung mit Wohnraum schwieriger geworden ist. Gerade in den Ballungsgebieten waren bereits vor dem Eintreffen der Flüchtlingsströme bezahlbare Wohnungen knapp geworden. Auch in Hameln fehlen kleine Wohnungen für Ein-Personen-Haushalte, die die Angemessenheitskriterien für Sozialleistungsempfänger erfüllen. Stadt und Landkreis versuchen mit öffentlichen Appellen an hiesige Vermieter Wohnraum zu akquirieren.

Wohnungs- und Obdachlose sind auf kleine billige Wohnungen angewiesen. Da sie nicht immer den Vorstellungen der Vermieter von einem solventen Mieter entsprechen (Hartz IV Bezug, Verschuldung) war es in der Vergangenheit für diesen Personenkreis schon schwer genug, ihre Wohnungsnot durch Anmietung einer Wohnung zu beenden. Werden sich die Engpässe verschärfen, wie der Vorsitzende des Mieterbundes, Herr Seifert befürchtet (DWZ v. 25.9.15), dann führt dies bei

in Armut lebenden Menschen zu weiteren Sorgen und Ängsten, nicht be'dacht' und versorgt zu werden.

Hilfen müssen von daher allen Bedürftigen gleichermaßen im notwendigen Umfang zur Verfügung gestellt werden.

Horst-Dieter Gräfe

Jörg Fischer